

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, Donnerstag, den 17. Dezember 1925.

W I E N E R G E M E I N D E R A T

Sitzung vom 17. Dezember 1925.

Bürgermeister Seitz eröffnet um 10¹⁵ die Sitzung und erklärt, dass zwei Punkte der Tagesordnung ohne Debatte angenommen werden. Die eine Post behandelt eine Ausnahme im Parkschutzgebiet, anlässlich der Aufstellung eines Wartehäuschens für die Benzinzapfstelle bei der Volkoper, die zweite den Kauf von Baustellen in der Erl- und Rollingergasse im Unter Meidling. Daraufhin wird in die

Beratung des Hauptvoranschlages für das Jahr 1926

eingetreten und die Generaldebatte fortgesetzt.

G.R. Preyer (chr. soz.) beschäftigt sich in längerer Rede mit der Arbeitslosigkeit und erklärt, dass diese in erster Linie durch die drückende Finanzpolitik der Gemeinde Wien verschuldet wird. Nach dem Voranschlag weist zwar die Bilanz einen Gebarungsabgang von 62,676.820 Schilling auf, aber der Finanzreferent ist ein Tausendsassa und bringt das Kunststück zusammen, dass der Rechnungsabschluss einen Ueberschuss von Millionen aufweist. Das ist ihre glänzende Verwaltung, die aber gerade auf der arbeitenden Bevölkerung unerträglich drückend lastet. Sie haben eine Reihe von Abgaben ein, die gerade die arbeitende Bevölkerung am schwersten betreffen. Die Fürsorgeabgabe leistet nicht, wie Sie behaupten, der Unternehmer, denn der wälzt sie ja wieder auf die Waren über. In Wahrheit müssen Ihre Arbeitsgenossen dafür aufkommen. Aus dieser Post nehmen Sie die ungeheure Summe von 66,000.000 Schilling ein. Ähnlich liegen die Verhältnisse bei der Lustbarkeitsabgabe. Hier werden auch die Minderbemittelten betroffen, die sich ja auch einmal ein Käno oder ein Konzert ansehen wollen, und Sie präliminieren sie mit 12,000.000 Schilling, in Wirklichkeit aber werden es mindestens 24,000.000 Schilling sein. Die Nahrungs- und Genussmittelabgabe ist nichts als eine neue Art von Verzehrungssteuer gegen die Sie früher losgezogen sind, weil Sie sie unmoralisch nannten. Sie besteuern ein besser ausgestattetes Lokal und jene Stätten, wo ein grösserer Verkehr herrscht. Aber auch hier treffen Sie wieder nicht die Reichen. Das ungeheuerlichste leisten Sie sich bei der Wohnbausteuer. Diese heben Sie von jedem ein, von Kranken, Invaliden, Arbeitslosen in gäulich rücksichtsloser Weise. Vergebens haben wir im Jahre 1923 um Ausnahmen von dieser Steuer für kinderreiche Familien und andere Bedürftige uns eingesetzt. Unser Ruf verhallte. Auch von den Mietern in den eigenen Wohnhäusern, die doch aus Mitteln der Wohnbausteuer erbaut worden sind, und befreit sein sollten, heben Sie gewissenlos diese drückendste aller Steuern ein. Sie lieben Sie die Arbeiterschaft nur solange als sie sich pressen und ausmergeln lässt. Im Augenblick, wo Sie zur Macht gekommen sind, ist es mit Ihrer Arbeiterfreundlichkeit vorbei. Redner wendet sich gegen Kraftwagenabgabe, die Tausende von Arbeitern in der Automobilindustrie Brotlos gemacht hat, gegen die Hausgehilfinnenabgabe, die sich gegen die Hausgehilfinnen richtet, und gegen die Fremdenzimmerabgabe, durch die jeder Fremdenverkehr unterbunden wird und 2000 Hotelangestellte um ihren Erwerb gekommen sind.

Bei der Gemeinde gibt es keine Koalitionsfreiheit. Auch beim Abschluss Ihrer Kollektivverträge wird nur die sozialdemokratische Gewerkschaft zugezogen. Es wäre aber auch Ihre Pflicht die Minderheit in den Betrieben zu hören. Freilich wo es Ihnen passt, lassen Sie auch die Mehrheit beiseite. So ist bei den Strassenbahnen die Mehrheit der Bediensteten nicht mehr in der sozialdemokratischen Gewerkschaft vereinigt, weil die christliche Gewerkschaft und die unpoltische Vereinigung die Mehrheit haben. Trotzdem schliessen Sie die Verträge mit der sozialdemokratischen Gewerkschaft ab. Sie machen es eben so, wie Sie es brauchen. Auch bei den Neuaufnahmen von Arbeitern werden nur die sozialdemokratischen Gewerkschaften herangezogen. Es haben also nur die ein Recht auf Arbeit, die sozialdemokratisch organisiert sind. Das ist die niederträchtigste Gemeinheit, die Sie begehen. Zur Zeit der christlichsozialen Verwaltung hat keine Gewerkschaft ein Monopol gehabt. Wie wären denn sonst die vielen Sozialdemokraten in die Gemeinde hereingekommen. Sie üben keine gerechte Arbeiterpolitik, sondern nur Parteipolitik. Sie erlauben auch niemand, dass er sich nach seiner Richtung in einer Gewerkschaft organisiert und beschränken sogar die persönliche Freiheit. Wenn ein städtischer Arbeiter sich erlaubt an einer kirchlichen Feier teilzunehmen, wird er in Disziplinaruntersuchung gezogen. (G.R. Karasek (Chr. soz.): Und in den Tod getrieben!) Wie Sie gegen anders Gesinnte vorgehen, zeigt der Fall des Schaffners Beimann, der nach fünfzehnjähriger Dienstzeit seinen Urlaub in Oberösterreich zubringen wollte, was ihm verweigert wurde, weil, wie man sagte, er dort bei den Klerikalen fechten gehe. Ein Bediensteter hat eine Versammlung der Frontkämpfer besucht, wurde von der Strassenbahn zum Bäderbetrieb versetzt, wo er Wäsche waschen musste, später entlassen wurde und heute in bitterster Not lebt. Der Tischler Kretschmer wurde nach achtzehnjähriger Dienstzeit entlassen, weil er sich nicht rot organisieren wollte. Der Schaffner Holzer wurde ebenfalls entlassen, weil er sich nicht der sozialdemokratischen Organisation angeschlossen hat und der Hilfsarbeiter Käsmayer, weil er der christlichen Gewerkschaft angehört. Sie sind selbst die Totengräber dieser Republik und wenn sie heute so wenig Achtung besitzt, dann sind Sie daran schuld. Einzelne Ihrer Parteigrössen gebärden sich wie Potentaten, es fehlt nurmehr die Krone. Alles was Sie früher verurteilt haben, machen Sie jetzt selber.

Der Redner verliest nun einen Aufsatz aus der Zeitschrift der sozialdemokratischen Strassenarbeiter, der sich dagegen wendet, dass anlässlich der Eröffnung der Stadtbahn, die Umgebung der Station Alserstrasse auffällig gereinigt wurde, weil dort der Bürgermeister erschienen ist. Er sagt, dass diesen Aufsatz die Frau eines Strassenarbeiters geschrieben hat. Hoffentlich schliesst Redner, gehen den Arbeitern, die unter Ihrer Herrschaft so viel zu leiden ^{haben,} bald die Augen auf. Wir sind nicht in der Lage, dem Voranschlag unsere Zustimmung zu geben, inselange die Mehrheit die Koalitionsfreiheit nicht gewährleistet. (Beifall bei der Minderheit, Rufe bei der Mehrheit: Das war eine Glanznummer! Wir haben uns schon lange nicht so gut unterhalten.)

St. R. Kunschak: Der Finanzreferent hat es für notwendig erachtet, sein Referat über das Budget mit sehr gehässigen Seitenhieben gegen die Politik der Regierung und gegen das Genferwerk, einzuleiten. Der Augenblick dazu war sehr ungünstig gewählt, denn jetzt ist dieses Werk nahezu vollendet. Es zeigt uns, dass es zwei Tatsachen gewährleistet und auch gegen sehr weitgehende Rückschläge, wenn solche jemals eintreten sollten, sichert. Der Zweck der Genfer Vereinbarungen war ein zweifacher: Stabilisierung der Währung und Herstellung des Gleichgewichts im Staatshaushalt. Beides ist im Laufe der drei Jahre gelungen.

Ihre Hauptargumente dagegen sind noch immer die Behauptungen, die Sie meiner Ueberzeugung nach selbst nicht glauben, dass dadurch Oesterreichs Freiheit verkauft und verraten worden sei. Es ist richtig, dass wir beim Bund durch lange Zeit sehr weit eingeschränkt waren. Aber wir wissen, dass wir diese Freiheit wiederum zurückgewonnen haben und mit Ende dieses Jahres wieder frei disponieren können. Das wissen auch Sie sehr genau. Sonst hätte die sozialdemokratische Partei im Nationalrat den Voranschlag nicht vor dem 31. Dezember erledigt eine Begebenheit, die seit dem Jahre 1907, seitdem ich zum erstenmal in den Oesterreichischen Reichsrat gewählt worden bin, noch nicht zu verzeichnen war. Freuen wir uns also, dass wir wieder im Besitze unserer Selbstständigkeit sind. Der Vorwurf, dass Oesterreich seine Freiheit an das Ausland abgegeben hat, ist in sich nunmehr zusammengebrochen. Auch Ihr Führer Dr. Bauer hat die Bedeutung der Tatsache der Stabilisierung der Krone anerkannt. Diese Stabilisierung ist zwar nur eine Stabilisierung im Verhältnis zum Dollar. Der Dollar ist aber die wertbeständigste Währung am heutigen Tage. Auch für die Gemeinde Wien haben die geänderten Verhältnisse ihre grosse Bedeutung. Auch der Referent hat dies zugegeben. Ich erinnere nur daran, wie im kritischsten Augenblick der letzten Jahre, im August 1922, wir zu einer ausserordentlichen Tagung des Landtages einberufen wurden, als Dr. Seipel in Genf jene Verhandlungen führte. Unter dem Druck der ausserordentlichen Verhältnisse wurde uns damals ein erschreckendes Steuerbukett. Wenn die ausserordentlichen Verhältnisse vorüber sind, so versicherte man uns damals, würde man die Steuern wieder abschaffen. Sie schienen nur für die Zeit eines sinkenden Geldwertes geschaffen. Bei der Wiederkehr der normalen Geldwährung würde eine entsprechende Ueberprüfung durchgeführt werden. All dies hat der Herr Finanzreferent vergessen. Er denkt noch immer nicht daran, die Steuern zu erlassen.

Im Zusammenhang mit der Wohnungsfrage wurde auch die Mietengesetzgebung aufgerollt. Der Herr Referent hat sich auch gefallen, schwere Anklagen gegen Faktoren ausserhalb dieses Hauses und gegen die Haltung der Minderheit dieses Saales zu erheben. Die Wohnungsfrage wurde im Zusammenhang mit dem Budget als die finanziell weitesttragende aufgerollt. Dies soll wohl auch argumentieren, welches Interesse die Gemeinde an der Wohnungsfrage hat. Die geleistete Arbeit ist nach den Ergebnissen nur als eine Sisyphus. Die Wohnungsnot besteht weiter und uneingeschränkt für Tausende und beweist, dass sie mit diesen Mitteln nicht wirksam bekämpft werden kann. Man rede nicht von der Hebung der Wohnkultur. Die von Ihnen so viel gerühmte Wohnkultur besteht nur in der Phantasie. Sie beruht auch auf dem Trugschluss, dass in den Wohnungen weniger Kinder als bisher vorhanden sind. Das ist aber nicht auf das Konto Ihrer Wohnungspolitik zu führen, sondern auf die grosse Kindersterblichkeit und den Rückgang der Geburten. Auch der andere Beweis, der hier von Ihnen vielleicht ins Treffen geführt wird,

bricht ins sich zusammen. Das Bettgeherwesen hat nämlich nur deshalb aufgehört, weil sich auch der ärmste Teufel nicht mehr einen Untermieter in der Form eines Bettgeheres hält. Dafür hat aber auf dem Gebiet des Untermieterwesens eine ungeheure Wucherung weitester Kreise der Bevölkerung eingesetzt. Diese Untermietverhältnisse erstrecken sich auch schon auf ganze Familien. Herr Stadtrat Breitner möge sich nur einmal die Berichte des Wohnungsamtes über die Dichte der Wohnungen vorlegen lassen. Die dringend Wohnungsbedürftigen haben die Zahl von 22.000 nach Ihrer eigenen Qualifikation erreicht. Sie pferchen in eine Wohnung aus Zimmer und Küche zwei und drei Familien hinein. Aus meiner nächsten Umgebung ist mir bekannt, dass in eine Wohnung aus zwei Zimmern, Küche und Kabinett vom Wohnungsamt drei Familien mit vierzehn Personen hineingesteckt worden sind. Solche Zustände sind unhaltbar und auch Ihr inoffizielles Abendblatt hat gestern wieder darauf hingewiesen. Ich gebe wohl zu, dass die Wohnungen in Neubauten einen gewissen Komfort erhalten, Denken Sie aber daran, was Ihr verstorbener Gesinnungsgenosse Winarski über den Wert einer Wohnung in diesem Raume ausgeführt hat. Er beurteilte die Güte einer Wohnung nach dem Luftraum! Nun, der Luftraum in Ihren Wohnungen ist sehr gedrückt. Ja Sie gehen soweit, sich gegen eine Bauordnung, die für Küchen ein Minimum von zehn Quadratmeter vorschreibt, zu vergehen. Sehen Sie sich einmal so ein Haus in der Rickthausenstrasse an. Da steht neben einem dreistöckigen Haus von früher ein Neuerbautes der Gemeinde Wien mit vier Stockwerken. Und der Unterschied zwischen beiden ist nur ganz gering. Da sieht man wieder, wie gedrückt Ihre Zimmer sind. Ich will hier nicht eine Kritik der Wohnungsbauten setzen, dies soll nur in Parenthese zeigen, dass nicht alles Gold ist, was von Ihnen als glänzend bezeichnet wird, sondern dass sehr viel Talmi dabei ist. Wo soll also die Erleichterung herkommen? Ueber achthundert Wohnparteien sind in Baracken, die in der Kriegszeit in den Jahre 1916 oder 1917 erbaut sind. Der Zustand dieser Baracken ist naturgemäss nicht mehr auf der Höhe. Sie gehen dem sicheren Verfall entgegen. So werden Sie in kürzester Zeit wieder um achthundert Obdachlose mehr haben.

Das Budget weist einen Abgang von 600 Milliarden auf. Für Wohnungswesen wollen Sie 620 Milliarden aufwenden. So wird deutlich, dass dieses Defizit eigentlich im Aufwand für das Wohnungswesen begründet liegt. Wenn wir uns einen Augenblick auf Ihren Standpunkt stellen, so sieht die Sache so aus: Im Jahre 1926 soll der Rest des Bauprogrammes von 25.000 Wohnungen fertiggestellt werden. Das Defizit verweisen Sie auf die Kassenbestände. Eine weitere Belastung vertragen diese nicht mehr, denn hundert Milliarden sind für den laufenden Geschäftsgang nicht zu wenig. Was werden Sie also im nächsten Jahre tun? Hier gibt es nur zwei Möglichkeiten: entweder Sie erhöhen die Wohnbausteuer ganz erheblich, mindestens auf das Doppelte oder Sie schreiten endlich zur Aufnahme einer von Ihnen nie gewollten Wohnbauleihe. Diesen Weg aber wollen Sie ja nicht beschreiten. Was haben Sie bis jetzt eigentlich geleistet? Es sind 9000 Wohnungen innerhalb von drei Jahren. Im vierten Jahr werden Sie endlich die 25.000 Wohnungen fertig haben. Sehr gut gerechnet ergibt das im Durchschnitt einen Zuwachs von 7000 Wohnungen im Jahr. Die Friedenszeit aber lehrt uns, dass ein Zuwachsen von 12.000 Wohnungen keinen Einfluss auf die Wohnungsnot hatte. Wie soll man also mit der Wohnungsnot fertig werden. Man sieht, dass man durch die städtischen Wohnbautätigkeit nicht allein fertig werden kam mit der Wohnungsnot. Blicken wir nur ins Ausland, die Verhält-

nisse in Deutschland sind heute in diese Verhältnisse an sich vor Jahren.
Sie lieben es ja immer, dem Anschluss an Deutschland vorzubereiten. Wenn es Ihnen ehrlich damit ist, so könnten Sie ja auch auf dem Gebiet der Gesetzgebung diesen heissersehnten Anschluss vorbereiten. In der ersten Zeit hat man in Deutschland auch nur staatlich oder städtisch gebaut. Später ist man davon abgekommen. Dresden lehnt heute jede städtische eigene Bautätigkeit ab, fördert die private Initiative und schiebt 90 Prozent zu den Baukosten zu.
Verhältnisse in Bayern, wo der Bauführer nur ein Drittel aufzubringen hat, zwei Drittel ihm aber zu einem Zins von vier Prozent samt Amortisation zur Verfügung gestellt werden, bei einem Tilgungsplan von 1/2 Jahren. Nach dieser Zeit ist der Mann uneingeschränkter Eigentümer des Hauses. Hierüber gibt es freilich verschiedene Gerichte, aber sicher ist, dass der Erfolg sich schlagend eingestellt hat. Freilich würden diese günstigen Verhältnisse bei uns nicht sofort anwendbar sein, weil nämlich in Deutschland der Zins auf 86 Prozent bereits erhöht ist. Die Reform des Mietengesetzes muss also in einer Anpassung an den Friedenszins bestehen. In welchem Tempo dies zu geschehen hat, darüber habe ich nicht zu reden, das wird an anderen Orten auseinandergesetzt werden. Es liegt im Interesse der Wohnungssuchenden, es ist eine Voraussetzung zur Lösung der Wohnungsnot, dass diese Anpassung erfolgt. Und wenn Sie uns vorwerfen, dass wir hier einseitig Hausherreninteressen vertreten, so halten wir demgegenüber, dass Sie Rücksichtslos Parteilinteressen vertreten, dass Sie diese Frage nicht als eine ernst zunehmende behandeln, sondern nur als Wählerfang um die fehlenden 300.000 Stimmen aufzubringen (Beifall bei der Minorität).
Am 1. Jänner wird in Deutschland automatisch der Zins die Höhe von 88 Prozent des Friedenszinses erreichen, am 1. April die Höhe von hundert Prozent. Nun gibt es vielleicht in Deutschland keine Sozialdemokraten? Ich bin auch überzeugt, dass wenn die Christlichsozialen mit Ihnen eine Koalition hätten, der Abbau des Mieterschutzes kein Verbrechen mehr wäre. (Beifall bei der Minderheit). Ich kann mich aber auch noch auf andere Leute berufen, die diese Frage gar nicht vom politischen Standpunkt aus betrachten, nämlich auf das Internationale Arbeitsamt in Genf, das erst kürzlich einen ausführlichen Bericht über die Wohnungsfrage herausgegeben hat. In dieser Institution haben die Sozialdemokraten die Mehrheit, wenigstens die Plenarversammlung setzt sich in ihrer Mehrheit aus Sozialdemokraten zusammen. Vorstand ist dort einer der hervorragendsten französischen Sozialdemokraten, der Herr Thomas. Den Bericht hat Dr. Pribram gemacht und ich glaube, dass die Intellektuellen unter Ihnen wissen werden, wer der Mann ist.

Bürgermeister Seitz: Nur Sie scheinen es nicht zu wissen!

G. R. Kunschak: Ich weiss es aus der Zeit, in der wir in friedlicher Nachtstunde bei Ihnen in Ihrem Palais über das Schicksal Oesterreichs beraten haben. (Zwischenrufe bei den Christlichsozialen: Im Heinrichshof?)

Bürgermeister Seitz: Auf das bisschen mehr oder weniger kommt es Ihnen nicht mehr an!

Wenn Sie den Dr. Pribram heute abschütteln, geht das mich nichts

an. Aber in diesem Bericht wird gesagt, dass die gegenwärtigen Wohnverhältnisse bei uns unhaltbar sind. Sie reden auch immer von der Wohnkultur. Aber zur Wohnkultur in Oesterreich fehlt uns ein sehr wichtiges psychologisches Moment. Das Verständnis breiter Massen für die Wohnkultur ist bei uns leider nicht vorhanden. Ich musste das erfahren, als die Gemeinde vor dem Kriege für die Gasarbeiter in Leopoldau vorbildliche Wohnungen gebaut hat. Der grössere Teil dieser Wohnungen blieb unanbringlich, die Arbeiter sind lieber von Simmering nach Leopoldau gefahren, als dass sie in diese schönen Wohnungen gezogen wären. Als ich dann einen solchen Arbeiter um die Ursache frug, da antwortete er: Ich zahle für meine Wohnung nur 20 Kronen, während ich für die andere 24 Kronen zu zahlen hätte. Ich habe mir dann die Wohnung dieses Arbeiters in Simmering in der Dorfstrasse angesehen. Sie befand sich 1 3/4 Meter unter dem Fussboden und war vollständig nass. (Zwischenrufe bei der Mehrheit: Und trotzdem 20 Kronen Miete!) Ich habe dann den Mann gefragt, ob ihm denn die Gesundheit seiner Frau, seiner Kinder und seine eigene nicht die vier Kronen wert seien, aber da sagte er: Vier Kronen sind vier Kronen!

Eine sehr interessante Beleuchtung hat dieser Bericht des Arbeitsamtes auf die Höhe des Wohnungsaufwandes im Vergleich zum Lebensindex in den einzelnen Staaten geworfen. Wir finden da, dass in Amerika dieser Prozentsatz 95'9, in der Schweiz 93'4, in Schweden 101'0, in England 83, in Frankreich 57'9, in Italien 61'5 und in Oesterreich 6'4 ist. Ist nicht die Aufgabe einer Partei, sondern die Aufgabe aller Parteien, hier eine Aenderung zu schaffen. Dieser Zustand ist nicht erst jetzt entstanden, sondern geht weit zurück. Sie sind überhaupt der Meinung, dass man für alles zahlen soll, nur nicht für die Wohnung, ausser man hat sie in einem städtischen Neubau! Wir haben uns immer davon leiten lassen, die Mietenfrage als ein volkswirtschaftliches Problem zu behandeln. Mit den billigen Phrasen können Sie in den vierhundert Extrazimmern Erfolg haben, aber in diesem Saale sollte man derartige Dinge nicht vortragen. Es gibt heute kein Land mehr, wo der Mieterschutz so besteht, wie bei uns. Die Rückstände bei den Mietenzahlungen in Berlin sind auf kommunistische Wühlereien zurückzuführen. Die Berliner Sozialdemokraten sind mit der grössten Schärfe gegen den Mietzinsstreik aufgetreten. Wenn Sie sich auf den Standpunkt der Kommunisten stellen, dann ist dies eine Geschmacksache. Mit Ihrer Haltung in der Mietenfrage stehen Sie zu dem Internationalen Arbeitsamt, dem die Arbeiterschaft so viel verdankt in direktem Gegensatz. Dies wird sich nicht aufrechterhalten lassen. Wenn Sie es dennoch tun, so werden Sie sich um das Gelächter der internationalen Sozialdemokratie nicht mehr zu kümmern haben. Lebhafter Beifall bei der Minderheit).

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n ö y

Wien, am Donnerstag, den 17. Dezember 1925. Zweite Ausgabe

W i e n e r G e m e i n d e r a t

Sitzung vom 17. Dezember 1925.

Die Beratung des Hauptvoranschlags für das Jahr 1926.

Die Sitzung wird von dem Vorsitzenden Gemeinderat Weigl um vier Uhr nachmittags eröffnet. Es wird sofort die Generaldebatte eröffnet. Das Wort ergreift Bürgermeister Seitz, der ausführt:

Der Voranschlag bietet das Bild eines zwar armen, aber konsolidierten, mit weiser Sparsamkeit und mit Ordnungssinn verwalteten Haushalte. Wir müssen es einmal sagen, dass diese Finanzverwaltung Breitners getragen ist von schwerem Verantwortungsgefühl einerseits, aber andererseits von einer wirklichen Liebe zum Volk und zur Sache und dennoch wieder von jener Festigkeit, die notwendig ist, wenn man in schwerer Zeit eine gute Sache führen will. (Beifall und Händeklatschen bei den Soz. Demokraten.) Wir danken dem Stadtrat Breitner dafür, dass er sich in dieser schweren Zeit auf den Posten gestellt hat, unbekümmert um alle Anfeindungen, denen er ausgesetzt ist, (Beifall bei der Mehrheit.) und dass er seinen Namen preisgegeben hat und sich hingestellt vor alle die Unverständigen, die für ein objektives Unglück immer eine verantwortliche Person suchen, dass er gleich einem modernen Winkelried die Lanzenspitzen auf sich vereint. Wir ändern unter seinen Freunden und Gegnern anerkennen diese historische Tat und hoffen, dass er auch über die Kritik, die in dieser Budgetdebatte erfolgt ist, mit derselben Gemütsruhe hinweggehen wird, wie sonst in dem Bewusstsein, das Richtige getan zu haben. (Lebhafte Beifall)

Es wird so oft gesagt, die Sanierung der Stadt sei nur möglich gewesen, weil im Bund saniert worden ist. Davon ist nur eines richtig: Dass die Stadt Wien ihr Sanierungswerk niemals hätte dauernd halten können, wenn Oesterreich gänzlich zugrundegegangen, die Währungsstabilisierung nicht zustande gekommen wäre. Das ist ganz selbstverständlich; aber ebenso richtig ist, dass im Moment der Stabilisierung der Haushalt der Stadt Wien sofort vollkommen in Ordnung war, weil dieser Haushalt vom Anfang an/auf die sinkende

Fortsetzung der Bürgermeisterrrede folgt!

St. R. Kunschak (chr. soz.) kommt auf einzelne Bemerkungen des Bürgermeisters zurück und erinnert daran, dass man seinerzeit das Experiment machen wollte, die Krone an die Mark anzuschliessen und zur Stabilisierung der Währung den Betrag von achtzig Millionen Mark und einen gleichen Betrag zur Errichtung der Nationalbank vorzusehen. Wie weit wären wir da gekommen. Der Bund konnte bisher keine grossen Investitionen machen hat aber für das Jahr 1926 eine Reihe von Wertschaffenden Investitionen im Ausmass von 900 Milliarden vorgesehen, die hauptsächlich zur Elektrifizierung der Bundesbahnen verwendet werden sollen. Der Bund

musste auch lange Jahre hindurch für die Bezahlung der Beamten der Länder, der Gemeinden und auch der Stadt Wien leisten. Er hat unverzinsliche Darlehen gegeben, die ihm die Gemeinde Wien bei einer Rückzahlung in Papierkronen ersetzen wird. Der Bürgermeister hat auch auf die Arbeitslosigkeit angespielt und wir können nur fragen, ob ihm nicht bekannt ist wie ungeheuer hoch absolut und auch relativ genommen die Zahl der Arbeitslosen in Wien ist. Sie ist viel höher als in anderen Industrieregionen. In der reichen Gemeinde Wien ist trotz der Investitionspolitik das Wirtschaftsleben in viel grösserem Umfange abgestorben als sonst in Oesterreich. Erinnern Sie sich nur daran was die Vertreter des Bühnenvereins und der Gewerkschaftskommission Ihnen hinter geschlossenen Türen, in Anwesenheit des Bürgermeisters und des Finanzreferenten gesagt haben über das ungeheure Elend. Der Finanzreferent aber geht über Leichen hinweg. Der Generalsekretär der Bühnenarbeiter Ihr Genosse Stärk hat ihn mit einer nicht zu grossen Rechenmaschine verglichen. Wir stehen der Brutalität der Zahlen gegenüber (Beifall bei den Christlichsozialen), die sich auf eine gefühllose Majorität dieses Saales stützt. Werden Sie diese Investitionspolitik in dem Masse weiter führen können oder glauben Sie, dass man jedes Jahr eine Billion in die Kassen geben kann, die man aus der Bevölkerung herausgepresst hat. Eines Morgens werden Sie furchtbar enttäuscht sein. Diese Baupolitik wird sich schon wegen der Finanzpolitik nicht weiter führen lassen können. Das Baugewerbe in Wien kann sich nicht entfalten, weil Sie es mit Absicht hemmen, weil Sie im Hintergrund mit dem Sozialisieren warten. Ich bin hier dem Bürgermeister für sein offenes Wort dankbar! Die private Bautätigkeit liegt darnieder, im Jahre 1924 wurde aber doch noch die ansehnliche Zahl von 742 Neubauten aufgeführt, nicht zu reden von den Umbauten, Zubauten und Aufbauten. In einem Jahr war das sicher ein Zuwachs von 1000 Wohnungen. Redner kommt auf den Zuschuss des Bundes zur Arbeitslosenunterstützung zu sprechen. Sie machen aber aus der Arbeitslosenunterstützung ein lukratives Geschäft, Sie nehmen die Pflicht Ihres Beitrages von vier Prozent sehr leicht, während der Bund hierzu zwölf Prozent leisten muss. Ja es kommt sogar vor, dass Leute aus den Geburtsjahren 1848 und 1850 Leute mit zwei Krücken die Unterstützung beziehen, denen Sie die Pfründen vorenthalten. (Lebhafte Zwischenrufe: "Das ist ja der Vorwurf des Betruges", "Zitieren Sie einen Fall" bei der Mehrheit). Die paar Groschen von denen der Herr Bürgermeister gesprochen hat, sind immerhin 180.000 Kronen pro Woche. Die kaiserliche Verordnung, durch die die Mietenfrage geregelt wurde, erschien in einer Zeit, als die Krone in Oesterreich den Wert von neunzig Schweizer Centimes hatte.

Redner beschäftigt sich dann mit dem Wohnbauproblem und zitiert aus einer Zeitschrift des Verbandes der unpolitischen Strassenbahner einen Artikel in dem es heisst, dass viele Strassenbahnangestellte in feuchten Kellerwohnungen hausen müssen und dass ein Strassenbahner der in einem Hotel ein muffiges Magazin bewohnt, dafür sogar 20.000 Kronen Wohnsteuer zahlen müsse.

Stadtrat Weber: Ich kann Ihnen noch tausende solche Fälle

Fortsetzung der Rede des BÜRGERMEISTERS.

3 bekennen uns als die Träger dieses Systems der Arbeitslosenunterstützung, aber in demselben Atem in dem wir das sagen, bekennen wir zugleich, dass wir dieses System der Arbeitslosenbekämpfung für vollkommen irrational, für unwirtschaftlich halten. Hat es denn einen Sinn, 130.000 Menschen den notwendigen Laib Brot zu geben - mehr geben wir ihnen ja nicht - um ihnen zu sagen: Aber dafür müsst ihr spazieren gehen und dürft nicht arbeiten! Das ist ganz sinnlos. Die Gemeinde Wien wird also nach wie vor die erste Aufgabe darin erblicken, Arbeit zu schaffen, die Zeit der Krise für Investitionen verwenden. (Stürmischer Beifall)

Ein noch schärferer Gegensatz besteht allerdings in der Frage, die mit Recht bei der Budgetdebatte im Mittelpunkt des Interesses steht, in der Frage des Mieterschutzes, der Wohnungsanforderung und der Wohnungsbewirtschaftung überhaupt. Man hat dem Stadtrat Breitner zum Vorwurf gemacht, dass er diese Frage schon in seinen einleitenden Worten als die wichtigste Angelegenheit hingestellt hat. Aber man könnte fast sagen, das ist heute die Frage Oesterreichs. Es ist die Frage des Bestandes unserer Wirtschaft und - ich wage es zu sagen, auch die Frage des Bestandes der stabilen Krone! (Rufe bei den Sozialdemokraten: Sehr richtig!) Denn, wenn durch irgendein Wunder von Oben die Vorlage, die die österreichische Regierung im Parlament eingebracht hat, mit dem heutigen Tage Gesetz würde, so wäre das der Tag an dem der Zusammenbruch der Wirtschaft und damit der Währung begänne. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten). Ich wage die Behauptung, dass kein ernster und verantwortlicher Mensch in Ihren eigenen Reihen, wenn man ihm heute die Macht gäbe, diese Vorlage Gesetz werden zu lassen, den Mut hätte zu sagen: Ja, das wird Gesetz! (Rufe bei den Sozialdemokraten: So ist es!). Der Finanzreferent hat Recht, wenn er sagt: ich lege ein Budget vor, auf Grund des heutigen Zustandes. Wenn der Mieterschutz auch nur teilweise aufgehoben, der Wohnungszins erhöht wird, wenn diese Vorlage Gesetz wird, dann ist natürlich dieses ganze Budget Luft, eine Phantasterei! So ist es auch. Und man kann nur staunen darüber, mit welchem Mut die österreichische Regierung nach Genf gegangen ist, das Budget für 1926 vorlegend und versprechend, dass dieses Gesetz eingehalten wird an demselben Tage, an dem sie diese Gesetzesvorlage eingebracht hat. Glaubt irgendjemand, dass das in Genf den Vorgesetzten und Vormündern vorgelegte und von ihnen genehmigte Normalbudget zu halten ist, wenn Sie heute diese Vorlage zum Gesetz machen? Wenn diese Vorlage Gesetz wird, dann ist das Budget des Bundes und der Gemeinde hinfällig, ein Fetzen bedrucktes Papier geworden. Man kann also nur annehmen, dass die Herren sich gedacht haben, vor allem legen wir in Genf ein Normalbudget vor, dann bringen wir diese Vorlage im Nationalrat ein und wenn man uns über den Widerspruch fragt, dann sagen wir bloss: Nun, die Sozialdemokraten werden schon gescheit sein, sie werden die Zinssteigerung schon verhindern. (Beifall) Nur so kann man sich das vorstellen und wie man die Herren in Genf kennt, hat gewiss keiner ernsthaft angenommen, dass diese Vorlage Gesetz werden wird.

oder steigende Krone, sondern auf eine vollkommen objektive Ordnung mit einem objektiven Massstab eingestellt war, wie man an dem Prinzip der Selbstkostendeckung in den Betrieben und an der Anpassung der Steuern und Gebühren an die jeweiligen Ausgaben und den jeweiligen

2 Stand der Krone erkennen konnte. Aber bei der Beurteilung des Zusammenhanges zwischen der Sanierung Wiens und dem, was man in der Bundesregierung Sanierung nannte, vergisst man immer das Wichtigste: nämlich die Tatsache, dass zwei Probleme vorlagen: Sanierung der Wirtschaft und Sanierung der Währung. Wir haben den Modus der Währungsanierung mit fremdem Kapital mit Preisgabe unserer Souveränität vom Anfang bekämpft, wir halten die Genferverträge noch heute für ein Unglück Oesterreichs und sind noch heute der Ansicht, dass unser Vorschlag der Währungsstabilisierung mit inländischem Kapital der Bessere war. Wer aber sagt, dass wir Gegner der Sanierung der Krone seien oder waren, gehört in die Kinderstube. In der zweiten Frage bestand allerdings vom Anfang an der grösste Gegensatz: Wir wussten, dass wir zugrunde gehen müssten, wenn Wien gleich dem Bund die Aufrechterhaltung der Wirtschaft ausser Acht lässt. Nun, die Erfahrungen haben uns - man muss da sagen: leider - recht gegeben. Durch den eigenartigen Mechanismus der Seipelschen Sanierung ist die österreichische Wirtschaft von Jahr zu Jahr tiefer herabgekommen (stürmischer Beifall bei der Mehrheit), bis auf den Elendstandpunkt, den wir heute einnehmen bis zu der ungeheuren Zahl von arbeitslosen Menschen, bis zur Verzweiflung der Beamten und der Angehörigen aller geistigen Berufe, bis zum Stillstand der Gewerbe, des Handels und der Industrie und bis zur völligen Vernichtung aller kulturellen Institutionen des Staates. Kurz und gut, man hat die Wirtschaft in Grund und Boden saniert! (Lebhafter Beifall), und es ist nicht abzusehen, wohin wir gekommen wären, wenn diese Sanierungstendenz der christlichsozialen - deutschnationalen kapitalistischen Koalition nicht eine andere Tendenz entgegengewirkt hätte, nämlich die Tendenz der Stadt Wien und ihrer Verwaltung, die inmitten dieser niedergehenden Wirtschaft immer wieder das hemmende Moment war. Es ist nicht abzusehen, wohin wir gekommen wären, wenn dieses Elend nicht durch die ungeheure Investitionstätigkeit der Gemeinde gelindert worden wäre. (Beifall bei der Mehrheit). Allerdings dazu bedurfte es einer anderen Steuerpolitik. Wir mussten uns entschliessen, wenigstens auf dem Gebiete der Stadt Wien, jene Kreise, die da gewohnt waren, von der Arbeit anderer Menschen zu leben, einzuladen, auch ihr Schürflein für die Gesamtheit beizutragen. Wir mussten eine kluge, die wirklichen Ueberschüsse der Wirtschaft erfassende Steuerpolitik machen, den Ueberkonsum zu besteuern und mit den Erträgen der Steuern die Wirtschaft wieder beleben. Wir mussten durch die Investitionstätigkeit der Gemeinde Arbeitsgelegenheit schaffen. Wir mussten diese tausende und abertausende Menschen, die heute bei den Investitionen beschäftigt sind, vor der Arbeitslosigkeit und die Industrie vor dem Verfall und gänzlichen Ruin bewahren. Heute fragt man uns, ob wir in der Lage sein werden, diese Investitionstätigkeit fortzusetzen. Wir hoffen es. Wir werden die Hoffnung nicht sinken lassen und wenn die christlichdeutsche Koalition dieses Oesterreich noch Jahre lang beherrschen sollte so werden wir uns dennoch bemühen, unsere gute Finanz- und Investitionswirtschaft auch weiterhin zu erhalten. Immer werden wir, nachdem das eine Problem, die Sanierung der Krone, gelöst ist, mit dem anderen grossen Problem, mit der Sanierung der Wirtschaft zu kämpfen haben. Das hat die hohe Regierung bis jetzt überhaupt noch nicht beachtet. Sie sieht die Massen der Arbeitslosen und lässt sich sogar die wenigen Groschen die sie ihnen zur Erhaltung des nackten Lebens gibt, von Vierteljahr zu Vierteljahr förmlich abpressen. Nun wir bekennen uns dieser sogenannten Erpressung. Aber wir

nennen, das ist eben die Erbschaft aus alter Zeit.

Str. R. Kunschak: Ich stelle diese Tatsache der Behauptung gegenüber, dass die Wohnkultur in Wien sich gehoben habe. Zu der Aufwertungstheorie des Bürgermeisters sei zu bemerken, dass, wer die Aufwertung der Hypotheken will, für die Aufwertung des Mietzinses eintreten müsse und wer für die Aufwertung der Sparkasseneinlagen ist, muss auch die Aufwertung der Hypotheken wollen. So geht der Weg nicht von unten sondern von oben. Wenn Sie glauben, dass Sie das anders machen können, dass wünschen wir Ihnen viel Glück dazu. Wenn Sie eine Verlängerung des Anforderungsgesetzes wünschen, so müssen Sie erst den Mietenausschuss Gelegenheit zur Tätigkeit geben. Schließlich bemängelt Redner, dass der Bürgermeister als Hauptredner der Mehrheitspartei erst nach allen oppositionellen Rednern gesprochen habe, was parlamentarischem Brauche widerspreche. Dieses böse Beispiel, dass der Bürgermeister gegeben, ist für die Christlichsozialen ein Grund mehr das Budget abzulehnen.

St. R. Breitner erklärt in seinem Schlusswort, es entspreche den parlamentarischen Anstand, wenn der Hauptredner der Mehrheitspartei erst dann das Wort ergreife, wenn der Chef der Opposition gesprochen habe und er verstehe nicht, wie sich Gemeinderat Kunschak über diesen Vorgang aufhalten könne. Im Uebrigen sei es in der Mehrheit natürlich nicht möglich den Beifall der Minderheit zu erringen, da ja in vielen grundlegenden Fragen die Weltanschauungen einander entgegengesetzt sind. Wir leugnen durchaus nicht, dass wir nicht bestehen können, wenn das Ganze versinkt. So war es auch im Sommer 1922. Auch damals nutzte es nichts, dass wir das Budget seit 1921 regelmässig aktiv abgeschlossen haben, wenn durch eine unerhörte Miswirtschaft die ganze Existenz dieses Landes heruntergewirtschaftet wurde. Wir haben gesehen, wie seit dem Tage des Aufhörens der Koalitionsregierung die österreichische Krone rapid gesunken ist. Nach wie vor sind wir der Anschauung, dass die Stabilisierung der Krone besser hätte durchgeführt werden können, denn an Zinsen für die Auslandsanleihe zahlen wir jährlich eine Billion; daraus ist zu ersehen, welchen schwereren Schaden der österreichischen Volkswirtschaft durch diese Methode der Sanierung zugefügt worden ist und nun leiten Sie die Sanierung der Volkswirtschaft mit der katastrophalen Mietenvorlage ein. Darum mussten wir auch diesmal feststellen, dass wir die Wirtschaft der Gemeinde nicht führen können, wenn durch Massnahmen des Bundes die Wirtschaft des gesamten Staates zerstört wird. Man hat uns vorgeworfen, dass wir zu wenig bauen, aber man hätte uns nachweisen müssen, dass nach einer Lockerung des Mieterschutzes Private bauen werden. Gegenüber der Behauptung des Gemeinderates Zimmerl, dass die Gemeinde sich an Steuereinnahmen bereichern dürfe, man wohl sagen, dass jeder Bürger dieser Stadt froh sein wird nicht einer armen verschuldeten Gemeinde anzugehören, sondern einer deren Wohlstand wächst. Es ist ja richtig, wie bemühen uns die Steuern dort einzunehmen, wo Geld zu holen ist. Wir können nicht wie der mehrfache Hausbesitzer Schwarzbart in Steueramt eintreten (Heiterkeit bei der Mehrheit). Und wir können nicht die sozialistische Wirtschaft innerhalb dieser kapitalistisch orientierten Welt einführen, wohl aber Steuern, die die Unbemittelten möglichst entlasten. Redner beantragt die Ablehnung des Antrages Zimmerl auf Nachlass von ein Sechzehntel Prozent der Fürsorgeabgabe mit der Begründung, dass die Mehrheit dieses Antriebes zur Steuerermässigung nicht bedürfe, weil sie ja schon selbst seinerzeit die Fürsorgeabgabe um drei Sechzehntel Prozent herabgesetzt, einige Steuern ermässigt und jetzt neuerdings dem Landtage drei

Steuervorlagen unterbreite, die den Verzicht und Ermässigungen von Steuern bedeuten. Das Steuersystem der Gemeinde ist festgefügt und hat seine Feuerprobe bereits bestanden.

Gegenüber der Behauptung der Frau Gemeinderätin Dr. Mötzke, dass die kommunalen Wohnungen zu klein sind und nicht einmal für ein Kind Platz bieten, sei zu bemerken, dass diese Wohnungen für Familien voll kommen ausreichen. Allerdings können sich die Inhaber dieser Wohnungen für ihre Kinder keine Erzieherinnen halten. Von allen 500.000 Haushalten in Wien gibt es nur in 50.000 eine Hausgehilfin. Wir erwägen, dass die Mieter vieler Kinder zeitig früh in die Arbeit gehen müssen, dass solche Kinder einfach in die Wohnung eingesperrt werden aus dem Fenster stürzen oder beim Spielen mit dem Feuer verunglücken können und deshalb schaffen wir in den kommunalen Häusern die Kinderhorte, um diese sozialen Misstände wenigstens einigermaßen zu erleichtern. Bezüglich der Bemerkungen des Gemeinderates Kunschak verweist Redner auf einen Artikel im offiziellen Organ des Verbandes der christlichsozial verwalteten Städte, in welchem er heisst, dass die Wohnbaupolitik der Wiener Gemeinde mustergiltig sei und dass man vor dem Wiener Wohnungsamt den Hut abnehmen müsse. Auch Mussolini habe die Behauptung, dass mit der Aufhebung des Mieterschutzes die Häuser wie die Pilze aus der Erde schiessen werden als ein leeres Schlagwort bezeichnet, weil nur der Staat berufen sein könne, Wohnungen zu bauen.

Redner kommt auf die Ausführungen des Gemeinderates Kunschak zurück und stellt fest, dass die Wohnkultur in Oesterreich auf einen erschreckend niedrigem Niveau stehen geblieben ist. Man braucht nur einmal in die nordischen Staaten nach England oder in die Schweiz zu gehen. Von 554.000 Wohnungen hatten nur fünf Prozent mehr als drei Wohnräume. Bis zu 85 Prozent der Baufläche wurden verbaut, die Küchen gingen auf einen Gang oder einen Hof, der darum "Lichthof" hiess, weil er kein Licht empfing. Achttausend Kellerwohnungen gab es, die aber auch nicht behördlich gesperrt wurden. Diese Elendsbilder zeigen uns das ungeheure Elend der damaligen Zeit.

Mit Befriedigung kann ich feststellen, dass Stadtrat Kunschak anerkennt, dass die Wohnungen in den Neubauten sich durch einen gewissen Komfort auszeichnen. Die Häuser, die die Christlichsozialen im Jahre 1912 in Compagnie mit der Bodenkreditanstalt erbauten waren auch nicht auf der Höhe, wenn Sie/jetzt als Notstandsbauten bezeichnen. Damals aber haben die Menschen Demonstrationen veranstalten müssen, obwohl es 22.000 leere Wohnungen gab. Der Arbeiter konnte eben nicht die vier Kronen aufbringen, die eine bessere Wohnung gekostet hätte. Die Gesamtfläche einer Kleinwohnung war auch geringer als die bei unseren Wohnungen, die Böden waren weich, Wasser und Klosett auf den Gang und Gasherd gab es auch keinen und doch kosteten sie den nicht geringen Betrag von 26 Goldkronen. Und wenn die Wohnverhältnisse heute noch immer schlecht sind, so wohnt heute doch mindestens eine Million Menschen besser als vor der Weltkatastrophe, wie es heute in der Reichspost zu lesen ist (Grosser Beifall bei der Mehrheit, Zwischenrufe bei der Minderheit: Ja weil die Wohnungen nichts kosten.). Redner erklärt die grössere Arbeitslosigkeit in Wien daraus, weil wie überall die Arbeitslosen nach dem Zentrum streben wo sie sich eine Zufallsarbeit erhoffen. Von Enzesfeld und Hirtenberg, wo die Fabriken stillstehen, kommen die Leute nach Wien.

Schluss der Rede des Bürgermeisters:

Die grosse Frage, die von der Parlamentsoption aufgeworfen wird ist die, ob Oesterreich und Oesterreichs Volkswirtschaft eine Aufwertung verträgt. Wie alle grossen Fragen ist auch sie sehr einfach. Wir haben kaum zum Leben, wir haben also noch weniger zum Aufwerten der Hausrente. G.R.Kunschak verweist uns auf Deutschland und das übrige Ausland; aber da kann man nur sagen: Bleibe im Lande und nähre Dich redlich! (stürmischer Beifall). Es nützt uns gar nichts, wenn wir hinausblicken und schauen wie es draussen ist. Die Tatsache ist bekannt, dass Deutschlands Wirtschaft ganz anders steht als die Oesterreichs, trotz der Reparationen, trotz des Dawesplanes. Es ist auch eine Binsenwahrheit, dass es in ganz Europa ja in der ganzen Welt keinen Staat gibt, dessen Wirtschaft ärmer wäre als die Oesterreichische. Daher nützen uns hier gar keine Beispiele, ^{Es müssten} diejenigen unter den sechs Millionen Oesterreichern die produktive Arbeit leisten, nicht nur sich und ihre Familien, nicht nur alle Invaliden und Waisen, Arbeitslosen, Alte und Kranken erhalten, ^{sondern noch} überdies den Hausbesitzern eine Rente geben. Hat die Oesterreichische Volkswirtschaft die Mittel dazu? Da nützen wir die schönsten Zitate von angeblichen Sozialdemokraten im Ausland gar nichts.

Man fragt uns immer nach einem Kompromiss. Aber das müsste doch zunächst darin bestehen, dass im Gesetz gleich die Bestimmung stünde, dass nicht nur der Bund, sondern alle öffentlich-rechtlichen Körperschaften ihren Beamten, Angestellten und Arbeitern ein Quartiergeld zu geben hätten, das nach Massgabe der Erhöhung der Mietzinse jeweils festgesetzt würde. In demselben Gesetz müsste dann zweitens aber auch eine Vorkehrung für die Privatangestellten und Arbeiter getroffen werden, nämlich wie beim seeligen Index festgestellt wurde, wieviel jeder, natürlich aus öffentlichen Mitteln, zu bekommen hätte. Denn wenn die Löhne darauf eingestellt würden, so würde das bei jeder Lohnbewegung und Erneuerung eines Kollektivvertrages die empfindlichste Störung bedeuten. Aber selbst auf dieses Kompromiss einzugehen wäre für einen gewissenhaften noch immer ganz unmöglich, denn es bliebe ja noch die Frage, wie alle Produzenten und Geschäftsleute den höheren Zins auf die Preise legen dürfen und wie hinwieder dieser Preis sich in den Index der Gehälter und Löhne auswirken hat. Ich halte nämlich selbst unsere Gegner nicht für so gewissenlos und so frivol, dass sie glauben könnten, die geistigen und manuellen Arbeiter könnten von ihren heutigen Bezügen noch Ersparungen für Zinserhöhungen erzielen. Und überdies, wenn aufgewertet wird, dann kommen in erster Linie die Invaliden, deren Lebenskraft und Gesundheit confiszirt wurde. (Beifall und Händeklatschen bei der Mehrheit) Dann kämen die Waisen und dann die übrigen Rentner, vor allem die Leibrentner, die armen Besitzer von Sparkasseneinlagen und die Kriegsanleihezeichner und erst mit ihnen zugleich die wirklich bedürftigen Hausbesitzer.

Aber eines steht fest, es gibt vernünftiger Weise keine Aufwertung des Hausbesitzes ohne gleichzeitige Aufwertung aller abgestatteten und noch bestehenden Hypotheken! (Lebhafter Beifall) Es gibt natürlich vernünftiger Weise - Narren können ja alles machen - keine Aufwertung der Hypotheken ohne Aufwertung der Spareinlagen, der Kriegsanleihen und Leibrenten.

G.R.Kunschak Ohne erst den Mietzins aufzuwerten!

Bürgermeister Seitz: Sind Sie in der Lage das zu tun? Der Weg, den Sie uns zeigen, ist ungangbar. Aber über diesen Gegensatz wird nicht durch Reden und Schreiben entschieden werden, sondern es handelt sich um eine Machtfrage. Wenn sich im Parlament die Koalition der Deutschnationalen und Christlichsozialen wirklich auf diese Vorlage verstellen sollte, dann wird man es eben der Bevölkerung anheim geben, in neuer Wahl sich dafür zu entscheiden. Das ist demokratisch! Die Verantwortung werden dann die Wähler selbst zu tragen haben, sie werden selbst über ihr weiteres Schicksal entscheiden.

So oft das Gemeindebudget vorliegt, zeigt sich derselbe tiefe Gegensatz im Gemeinderat wie im Nationalrat. Hier im Rathaus können wir die geehrte Opposition nicht überzeugen und drüben die Regierung Steuersysteme stehen und wir auf unserem. Sie werden nicht auf die Warenumsatzsteuer und wir nicht auf die Luxusaufgaben und Lustbarkeitssteuern verzichten. Sie werden immer der alten Verzehrungssteuer nachträumen und wir sind für die Nahrungs- oder Genussmittelabgabe der besser Situierten. Dr. Lueger hat es wirklich sehr einfach gehabt. Jahr um Jahr ist der Mietzins in Wien gestiegen, Jahr um Jahr sind die ²⁶ zwei Drittel Prozent der Hauszinssteuer gestiegen, Jahr um Jahr hat sich auf ihnen aufgebaut, die 28prozentige Landesumlage und die 28prozentige Gemeindeumlage. So können wir heute nicht wirtschaften. Da wir in Wahrung der Interessen der geistig und manuell arbeitenden Menschen, diese Politik machen, werden wir uns natürlich immer Ihrer Kritik aussetzen müssen und sie ruhig ertragen. Sie nennen unsere Wohnhausbauten Phantasiegebilde, wie nennen sie ein edles Kunstwerk. Wenn jemand frei ist von Phantastereien, wenn jemand ein nüchtern trockener, rechnender Verstandesmensch ist, dann ist es der heutige Steuer- und Finanzreferent der Stadt Wien. Was wir an ihm bewundern, das ist, dass sich in ihm der edle Idealismus, die Begeisterung für die schöne Aufgabe den arbeitenden Menschen dieser Stadt zu helfen, vereint mit dem nüchternen Wirklichkeitsinn des praktischen Finanzmannes. Das ist der richtige Weg, den wir zu gehen haben und den wir auch gehen werden. Und wenn uns nun G.R.Zimmerl denunziert, wir versuchten es auf legalem Weg oder wie er besser sagen müsse, auf einem Schleichweg zum Sozialismus zu kommen, dann antworten wir: Kinder wir sind entdeckt! (Lebhafte Heiterkeit). Und weil wir nun schon entdeckt sind, bleibt uns nichts anderes übrig als ein offenes freimütiges Geständnis abzulegen: Ja wir wollen zum Sozialismus kommen; wir können diese Wirtschaft nicht stürzen, wir sind dazu noch nicht mächtig genug und wir sind nicht Phantaster, die glauben, dass wir innerhalb der kapitalistischen Weltwirtschaft hier eine sozialistische Wirtschaft aufrichten können. Wir haben in den letzten Jahren ringsum gesehen, wie jeder solcher Versuch Schiffbruch gelitten hat. Wir haben es kluger Weise nie versucht, wir wissen ^{und hier noch} dass wir die kapitalistische Gesellschaft heute/nicht stürzen können, aber ^{aber} ebenso sicher wissen wir, dass wir auf dem rechten Weg sind und dass wir die Pflicht haben auf diesem Weg vorwärts zu dringen bis zum Sieg! (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten).

Schluss der Rede des Stadtrates Breitner:

Sehr erfreulich ist die angekündigte Investitionssumme des Bundes, man findet aber sehr harte Worte für unsere eigene von 1600 Milliarden, die wir in einem einzigen Jahre ausgeben werden. Die Gemeinde wird ihre Bautätigkeit auch nach der Erfüllung des 25.000er Programmes fortführen. Auf jeden Fall kann die Bevölkerung eine Belastung durch den 600fachen Eins nicht ertragen und wird in der Lage sein, zu entscheiden, ob eine ungeheure Summe den Hausherrn und ausländischen Hausbesitzern zufallen soll. Es wäre ein töliches Experiment, dass unsere Wirtschaft nicht aushalten würde, wie es auch die deutsche Wirtschaft nicht aushalten kann, wo in einem halben Jahr eine noch erschreckendere Zahl von Arbeitslosen sein wird.

Uebersichten wir zum Schlusse noch einmal unser Programm so sehen wir, wie wir der Wirtschaft neue Antriebe und neues Leben geben wollen. Wenn wir schon die ungeheure Summe von einer Billion Kronen aus dem Wirtschaftskörper herauszuschöpfen, so kommt dieser Betrag ja doch wieder nur zur Schaffung von Werten in Verwendung und fließt kein ebenso grosser Betrag hinaus als ein Tribut an die ausländischen Hausbesitzer.

Ich bitte Sie, in die Beratungen des Voranschlages einzugehen und ihn zu genehmigen. (Sturmischer Beifall).

Vorsitzender Gemeinderat Weigl eröffnet die Spezialdebatte über die Verwaltungsgruppe für Finanzwesen und erklärt, dass der Antrag Zimmerl bei der Spezialdebatte zur Abstimmung gebracht werden wird. Nach einer kurzen Einleitung des Stadtrates Breitner ergreift Gemeinderat Angermayer das Wort. Er polemisiert gegen den Ansatz der Beitragsleistung der Feuerversicherten zu den Kosten der Feuerwehr der Stadt Wien. Die Abgabe hatte im Jahre 1924 ein Ergebnis von 2.105.838 Schilling, für 1925 wurde ein Ansatz von 1.900.000/und für 1926 beträgt der Ansatz 2.500.000 Schilling. Die Beträge sind vielfach übervalorisiert und bilden eine schwere Belastung der Mieter. Der Hausherr kann dazu nichts zahlen, denn sein Einkommen ist gleich null. Eine Partei die von Mieterfreundlichkeit förmlich übergeht und bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit diese hervorkehrt, verschlechtert dadurch die allgemeine Lage. Mit ihrer Steuerpolitik können wir nicht mitgehen. Die Wirtschaft wird nicht saniert, die Zahl der Arbeitslosen wächst und Stadtrat Breitner will die Schuld auf andere Schultern überwälzen. Die Sanierung Seipels kann dafür nicht verantwortlich gemacht werden. Die gleichen Schwierigkeiten finden wir auf der ganzen Welt. Der allgemeinen Wirtschaftskrise könnte man nur dadurch abhelfen, dass man die Steuer auf ein erträgliches Mass herabsetzt. Stadtrat Breitner aber hat für das nächste Jahr einen Ansatz von 95 Millionen Schilling mehr. So kommen wir zu einem vollständigen Zusammenbruch der Wirtschaft.

G. R. in. Kurbauer (chr. soz.) wendet sich gegen die Hauspersonalabgabe und erklärt, dass eine zweite Hausgehilfin kein Luxus ist. Viele Familien, wo Mann und Frau dem Erwerbe nachgehen, haben Hausgehilfinnen unbedingt notwendig. Vielfach finden Hausgehilfinnen keinen

Verdienst und werden Verwachsen in das Ausland besonders nach Amerika wenn die Grenzen wieder geöffnet werden auszuwandern. So könnten sie aber der Heimat erhalten bleiben.

G. R. Jebelbö (chr. soz.) wendet sich gegen den geringen Ansatz bei den Subventionen, die für 1924 mit 310.000 Schilling angesetzt waren, für 1926 aber nur 250.000 Schilling vorgesehen sind. Es wäre interessant zu erfahren, warum diese Abstriche erfolgen. Redner wendet sich gegen die einseitige Subventionierung von sozialdemokratischen Touristenvereinen. Der Dombauverein erhält eine ganz geringfügige Subvention. Zum Schlusse erinnert der Redner daran, dass das Komitee zur Veranstaltung einer Ausstellung christlicher Kunst keinerlei Subvention bekommen hat. Er wendet sich dagegen, dass das Kriegerdenkmal an Stelle der vorgesehenen Aufschrift "Pax" nunmehr die Phrase "Nie wieder Krieg" trägt was eine Schändung des Leichenfeldes durch ein parteipolitisches Schlagwort ist.

G. R. Waller (soz. dem.) verweist auf die Unterschiede zwischen den Subventionierungen unter der Christlichsozialen und sozialdemokratischen Herrschaft und zählt aus alten Protokollen lange Listen von katholischen Jünglingsvereinen, Wohltätigkeitsvereinen, Humanitätsmessen, Tischgesellschaften, katholischen Gesellenvereinen auf, die alle von der christlichsozialen Gemeinde einst mit Jahressubventionen bedacht worden sind. Jetzt werden die Subventionen nur an wirklich nützliche Vereine bewilligt, an solche von politischem Charakter grundsätzlich nicht. Es wird behauptet, dass wir die private Wohltätigkeit zugrunde gerichtet haben. Demgegenüber ist auf die Unterstützung vieler notleidender Institutionen darunter auf die Übernahme von fünf notleidenden Kinderspitälern durch die Gemeinde Wien hinzuweisen. Dem Centralverein zur Beköstigung armer Schulkinder, im Jahre 1915 den Betrag von 110.000 Kronen das sind 158.000 Schilling erhalten. Wir geben für die Ausspeisung jährlich netto mehr als zwei Millionen Schilling aus. Vergleichen Sie die Ziffern von einst und jetzt und Sie werden den gewaltigen Unterschied zu unseren Gunsten finden. Stat. Fürsorge haben Sie Wohltätigkeit und Almosen geben betrieben insbesondere zur Weihnachtzeit, wo Sie eine Unzahl von humanitären Tischgesellschaften subventionierten, mit Beträgen von fünfzig bis hundert Kronen, damit diese ihre Weihnachtsbescherungen veranstalten können. Unter diesen Gesellschaften befindet sich auch der humanitäre Verein "Badwandl" und der Klub der Herrenschaftsdieners. Gemeinderat Reismann: Wer war denn der Präsident dieses Vereines "Badwandl" (Grosse Heiterkeit).

St. R. Breitner bemerkt in seinem Schlussworte gegenüber den Ausführungen der Gemeinderätin Kurbauer, dass die Zahl der der Steuer unterliegenden Haushalte mit Hauspersonal gegen das Jahr 1925 keinen Rückgang sondern einen Fortschritt aufweise. Es sind um rund fünfhundert Hausgehilfinnen mehr steuerpflichtig. Die grossen Haushalte mit sehr hohen Steuerleistungen sind tatsächlich kleiner geworden aber nicht infolge der Steuern, sondern durch die schweren Einnahmeverluste und geschäftlichen Zusammenbrüche.

Vorsitzender Weigl gibt bekannt, dass nach einer Vereinbarung der Parteien die Abstimmung bis zum Schlusse der morgigen Vornachtsitzung ausgesetzt wird.

Es wird nun die Spezialdebatte über die Verwaltungsgruppe für Personalangelegenheiten und Verwaltungsreform

mit einem Referat des amtsführenden Stadtrates Speiser eröffnet.
 Stadtrat Speiser: Für das Jahr 1926 ist das Personalbudget mit 144 Millionen Schilling eingesetzt, das ist ein Drittel des Gesamtbudgets. Im Frieden war der Gesamtaufwand 240 Millionen Kronen; davon entfielen auf Personalausgaben 62,6 Millionen Kronen, also 26 Prozent.

Gegenüber dem Vorjahr ist der Personalstand gesunken. Im Dienst der Hoheitsverwaltung standen im Vorjahr 7200, jetzt 7262 Angestellte. Im Dienst der Humanitätsanstalten wurden im Vorjahr 3482 Bedienstete gezählt, jetzt sind es 3486. In den der Hoheitsverwaltung unterstehenden Betrieben waren im vergangenen Jahr 7416, jetzt sind 7586 Personen beschäftigt. Die Zahl der Lehrpersonen betrug im Vorjahre 6941, sie ist jetzt 6785. Die Gesamtzahl der aktiven Angestellten war daher im vergangenen Jahr 25.059, ist jetzt 25.117. Diese scheinbare Steigerung wird aber in Wirklichkeit zu einer Verminderung der Zahl der Angestellten der Hoheitsverwaltung, wenn man in Betracht zieht, dass die vierhundert Bediensteten des Lagerhauses, die im Vorjahr noch bei den städtischen Unternehmungen geführt worden sind, jetzt an die Hoheitsverwaltung angeschlossen sind. Es ist daher eine Verminderung des Personalstandes um 322 Personen zu verzeichnen.

Diese Verminderung des Personalstandes ist bedingt durch die Herabsetzung der Stände bei der Feuerwehr bei der Strassenpflege im Zusammenhang mit der maschinellen Ausgestaltung der Strassenreinigung und durch den natürlichen Abfall bei Festhaltung an der Aufnahmeperrre in allen Zweigen, in denen es nur irgend wie möglich war.

Der Personalaufwand ist gegenüber dem Jahre 1925 um rund zehn Prozent gestiegen (12.934.440 Schilling). Die Steigerung ist im grossen und ganzen durch die Massnahmen für die städtischen Angestellten vom Jahre 1925 bedingt. Die Stufenvorrückung für aktive Angestellte hat bereits im August 1925 ausgewirkt, die Angleichung der Bezüge der Älteren und höheren Angestellten erfolgt vom 1. Jänner 1926 an. Gestiegen ist das Budget in seinen Ausgaben für die Pensionsparteien. Im Vorjahre wurden 8127, jetzt werden 9255 Pensionsparteien der Hoheitsverwaltung gezahlt. Diese Steigerung der Zahl der Pensionisten ist damit zu erklären, dass jetzt viele Angestellte pensioniert werden, die gelegentlich der Einverleibung der Vororte in den Dienst der Gemeinde übernommen worden sind.

Nach Auswirkung dieser Regulierung erreichen die Akademiker im Durchschnitt das Zehntausendfache, die Verwaltungsbeamten das 10500 bis 10900fache, die Lehrpersonen, die im Frieden niedrigere Bezüge als die Beamten hatten, das 11500 bis 14400fache, die Amtsgelhilfen das 14200fache, die Hilfsarbeiter das 20300 bis 21500fache, die Strassenarbeiter das 20900 bis 22200fache und die Reinigungsfrauen das 20900 bis 30200fache. Dabei ist noch zu berücksichtigen, dass die unteren Kategorien der Angestellten im Frieden im Bezug auf Definitivum, Pension und Rechtstellung überhaupt, bedeutend schlechter gestellt waren als heute.

Die Kollektivisten in der Hoheitsverwaltung haben im vergangenen Jahre eine Aufwärtsbewegung ihrer Bezüge mitgemacht, die sich um einen Satz von fünf Prozent herum bewegt. Bei dieser Gelegenheit will ich auch auf die Kollektivisten zu sprechen kommen, die in diesem Budget

nicht erscheinen, weil sie in den Unternehmungen der Stadt Wien arbeiten. Auch diese haben im vergangenen Jahre fast allgemein Lohnerhöhungen in einem ähnlichen Ausmass erhalten, wobei auch noch die In-exa-wirkung am Beginn des Jahres 1925 beziehungsweise ein gewisser Nachlass des negativen In-ex zu berücksichtigen ist.

Ich kann auch neuer wieder mit Befriedigung feststellen, dass die Angestellten und Arbeiter der Gemeinde und der städtischen Unternehmungen unsere Bestrebungen auf Vereinfachung der Verwaltung und auf Steigerung der Arbeitsleistungen, ohne neuerliche Belastung der Bevölkerung, grosses Verständnis entgegen bringen.

An Reformen in der inneren Amtsverwaltung will ich besonders die Festsatzung des Parteienverkehrs in den magistratischen Bezirksämtern für die Zeit von acht Uhr bis ein Uhr mittags erwähnen. Durch diese Einführung wird die Arbeitszeit der Beamten in den Bezirksämtern besser ausgenützt. Die Feuerwehrangeestellten haben eine Steigerung ihrer Arbeitsleistung durch Uebernahme des Theaterdienstes in der freien Zeit in anerkennenswerter Weise auf sich genommen. Durch die gesteigerte Verwendung von Schreib-Rechen- und Adressiermaschinen wurde in der Hoheitsverwaltung und auch in den städtischen Unternehmungen mancher Ersparnis erzielt.

Eine ständige Sorge des Personalreferenten ist die gute Fällungnahme mit den Betriebsräten und Personalvertretungen, die in anerkennenswerter Weise an allen Reformen mitgewirkt haben. Ich hoffe, dass dieses Zusammenwirken auch in Zukunft aufrecht erhalten bleiben wird.

Ich werde auch in Hinkunft versuchen die Personalpolitik der Gemeinde Wien, die gewiss ungemäss schwierig ist, wenn man berücksichtigt, dass es sich hier um eine so vielgestaltige Verwaltung mit mehr als 56.000 Bediensteten und Angestellten handelt, im vollen Einvernehmen mit allen leitenden Stellen in der Gemeinde und ihren Unternehmungen ebenso wie mit den Betriebsräten und Personalvertretungen, zu führen. Ich erbitte mir dazu die Mitarbeit des Gemeinderates (Lobhafter Beifall).

G.R. Binder (chr. soz.) verlangt, dass die Beschlüsse des Gemeinderates über die geschäftsordnungsmässige Behandlung von Anträgen auch wirklich durchgeführt werden. Jetzt bleiben sie vielfach liegen. Weiters ist es unmöglich, dass man die Bezirksräte immer mehr zu Exekutivorganen der Gemeinde macht, anstatt ihr Ansehen und ihre Geltung zu heben.

G.R. Stöger (chr. soz.) beantragt, dass den im städtischen Dienst stehenden Invaliden/über die nach den bisherigen Bestimmungen anrechenbaren Kriegsjahre hinaus ein weiteres Jahr in die Dienstzeit einzurechnen ist. Ferner sollen die Mitglieder der Personalkommission aus dem Stande der Gemeindeangestellten selbst in unmittelbarer freier Wahl gewählt werden. Zu allen Verhandlungen des Dienstgebers lohn- und dienstrechtlicher Natur sind auch die Gewerkschaften der Minderheit beizuziehen. Die mit Abfertigung abgebauten Angestellten und Lehrpersonen sind bei Freiwerden von Stellen wieder in den Dienst der Gemeinde einzustellen. Der Magistrat soll beauftragt werden, diesen abgebauten Angestellten vorläufig Beihilfen zu gewähren.

Die Sitzung wird nun geschlossen. Die Verhandlungen werden morgen (Freitag) um 10 Uhr vormittags fortgesetzt.